

Titel

Rot-Grün im Aufwind, FDP verliert weiter SVP wächst nicht mehr, CVP hat sich stabilisiert

Medienbericht zum SRG SSR
Wahlbarometer 05, erstellt vom
Forschungsinstitut, gfs.bern

Projektteam:

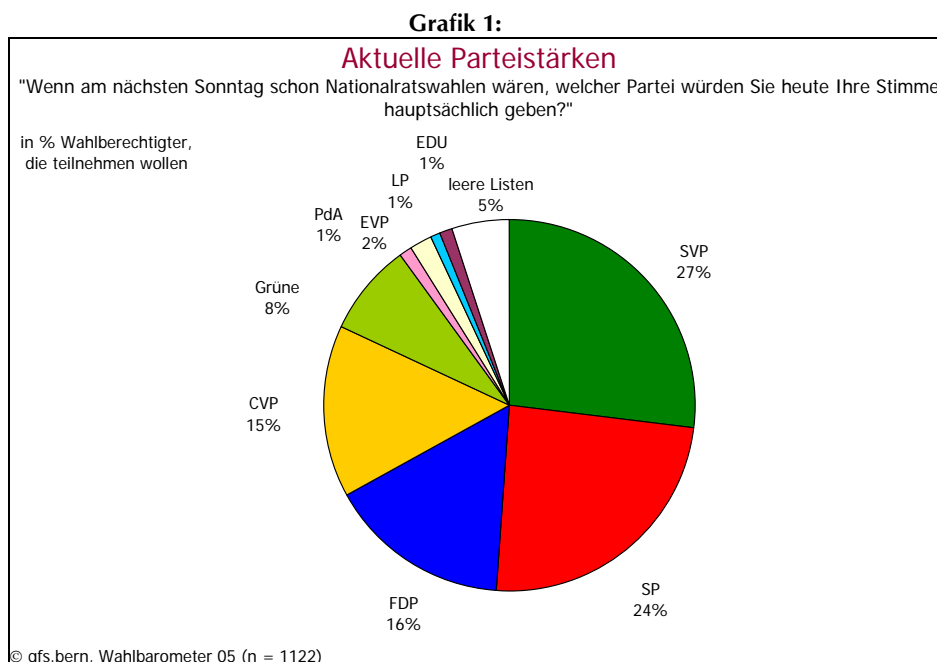
Claude Longchamp, Politikwissenschaftler
Lukas Golder, Politikwissenschaftler
Stephan Tschöpe, Projektmitarbeiter
Luca Bösch, Internetapplikationsdesigner
Silvia Ratelband-Pally, Administratorin



Headline

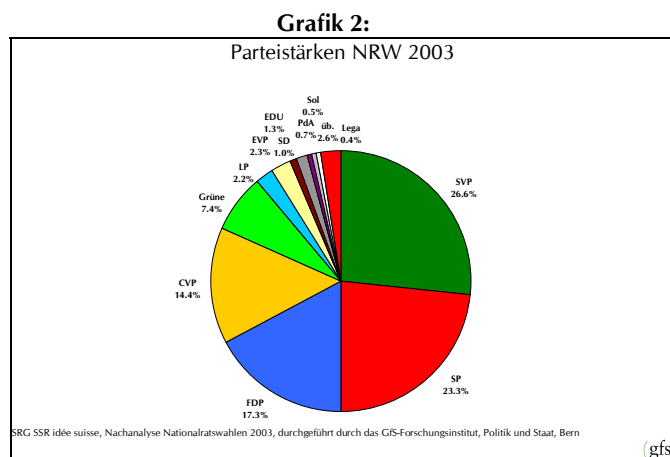
Würde heute gewählt, käme ...

... die SVP auf einen WählerInnen-Anteil von 27 Prozent,
... die SP auf 24 Prozent,
... die FDP auf 16 Prozent,
... die CVP auf 15 Prozent, und
... die Grünen würden 8 Prozentpunkte erreichen.



Erhalten bliebe damit die Bi-Polarisierung, welche schon die Parlamentswahlen 99 und 03 prägte, allerdings mit zwei neuen Kennzeichen:

- Die Linke wächst rascher als die Rechte, und
- im Zentrum serbelt nur noch die FDP, nicht mehr die CVP.



Insgesamt ergäbe sich ein leichter Links-Rutsch. Beteiligt hätten sich an der (fiktiven) Parlamentswahl mitten in der Legislatur 54 Prozent der Wahlberechtigten, - eindeutig mehr als noch 2003. Die zentrale Frage lautet demnach: Wer kann wie gut mobilisieren?

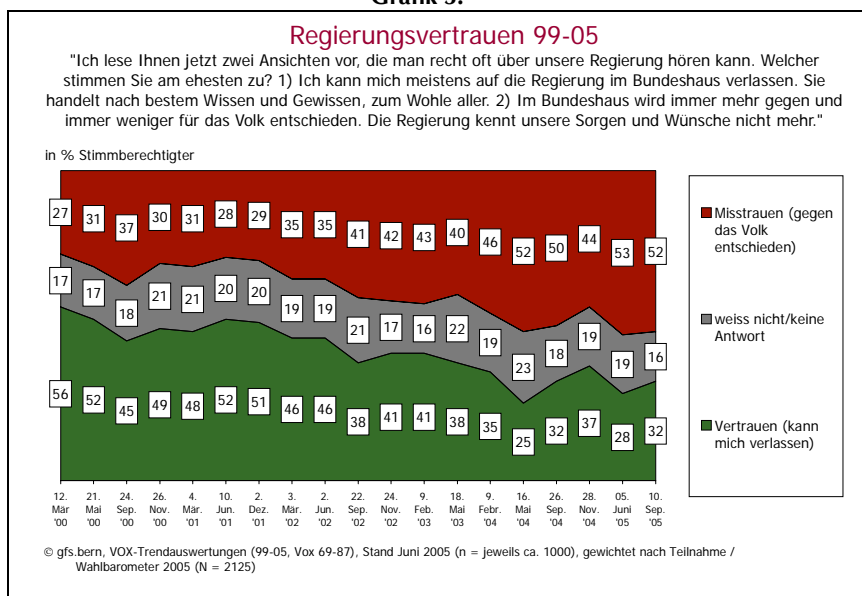
Das sind die Hauptergebnisse aus dem Wahlbarometer 05, welches das Forschungsinstitut gfs.bern exklusiv für die SRG SSR idée suisse erstellt hat.

Einleitung

Man erinnert sich: 2003 gewann die SVP zum zweiten Mal in Folge die Nationalratswahlen. Sie avancierte zur politischen Partei mit den meisten WählerInnen in der Schweiz. Dieses Faktum hat medial zu einer vorherrschenden Leseweise der jüngsten Wahlen geführt: "Rechtsrutsch" war das Stichwort. Das blieb nicht ohne Folgen: Der Bundesrat wurde neu zusammengesetzt. Christoph Blocher von der SVP wurde Nachfolger von Ruth Metzler. Mit ihrem Abgang verlor die CVP ihren zweiten Sitz im Bundesrat. Die seit 1959 gültige Zauberformel für die parteipolitische Stabilität in der Schweiz war geknackt.

Die so erzeugte Aufregung in der Bevölkerung war enorm. Das Regierungsvertrauen nahm nicht zu; es verringerte sich nach dem Niedergang von 2000 bis 2003 gleich nochmals bis Mitte 2004 auf den historischen Tiefststand. In den Volksabstimmungen ging zunächst gar nichts mehr. Regierung und Parlament verloren Volksentscheidungen zu 7 Behördenvorlagen in Folge, und eine Volksinitiative aus der Opposition wurde angenommen. All dies geschah in weniger als einem Jahr nach den Parlamentswahlen, - eine turbulente Zeit!

Grafik 3:



Neu war im Jahr 2004 die Linke die häufigste Abstimmungssiegerin. Das hat sich zwar 2005 wieder etwas verändert, doch kann die SP sagen: Behördenvorlagen finden nur ausnahmsweise gegen sie Mehrheiten in Volksabstimmungen. Das gilt für die bürgerlichen Parteien auffällig nicht mehr. Sie geben zwar die Vorlageninhalte unvermindert vor, müs-

sen sie aber gegen links referendumsfest ausgestalten. Für die SVP gilt dies nicht mehr im gleichen Masse. In Europafragen wurde sie 2005 gleich zweimal überstimmt.

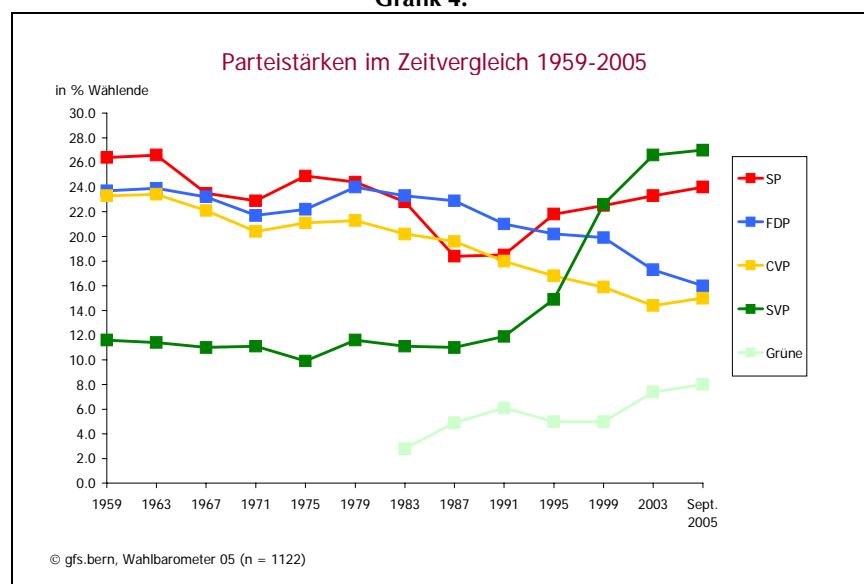
Die Linke legte auch bei den kantonalen Wahlen mehr oder weniger regelmässig zu. Es setzte sich aber auch die Umgestaltung des rot-grünen Lagers fort: Am meisten erstarkten die Grünen, die eine eher oppositionelle Rolle wahrnehmen. Am zweitstärksten legte die SP zu, unvermindert am linken Pol politisierend, aber auch unverändert gouvernemental.

Im Wahlbarometer 05 reflektiert sich diese Einschätzung der politischen Entwicklungen für die erste Hälfte der Legislaturperiode 2003 bis 2007. Die Linke geht gestärkt aus den zwei Jahren hervor. Sie besteht allerdings zunehmend aus zwei Konkurrenten, die unterschiedliche Ziele mit der Wählermobilisierung verfolgen. Dabei erweisen sich die Grünen als eher erfolgreicher. Im Zentrum ist die Unterscheidung zwischen CVP und FDP gewachsen. Effektiv politisiert nur noch die CVP in der Mitte, und ist damit fallweise erfolgreich, fallweise erfolglos. Sie hat bisweilen gelernt, mit Köpfen die programmatisch recht breite Mitte zusammen zu halten. Nicht erholt von ihrer Umpositionierung in Richtung Mitte-Rechts hat sich die FDP. Sie bleibt die eigentliche Verliererpartei seit den Wahlen 03, und sie ist es auch im Wahlbarometer 05. Schliesslich scheint sich auch die jahrelange Erfolgsserie der SVP abzuschwächen. Sie kann sich aber als führende Partei in der Schweiz behaupten.

Erhalten geblieben wäre bei einer Parlamentswahl 05 die Reihenfolge der Parteien, wenn man auf die WählerInnen-Stärke abstellt. Allerdings würden FDP und CVP deutlich näher beieinander liegen, als dies 2003 der Fall war. Faktisch hätten sich vier Typen von Parteien etabliert:

- grosse Parteien (mehr als 24 Prozent gesamtschweizerisch) wie SVP und SP,
- mittlere Parteien (15-16 Prozent) wie FDP und CVP,
- kleine Parteien (8 Prozent) wie die Grünen
- und Kleinstparteien (bis zu 2 Prozent) wie alle anderen.

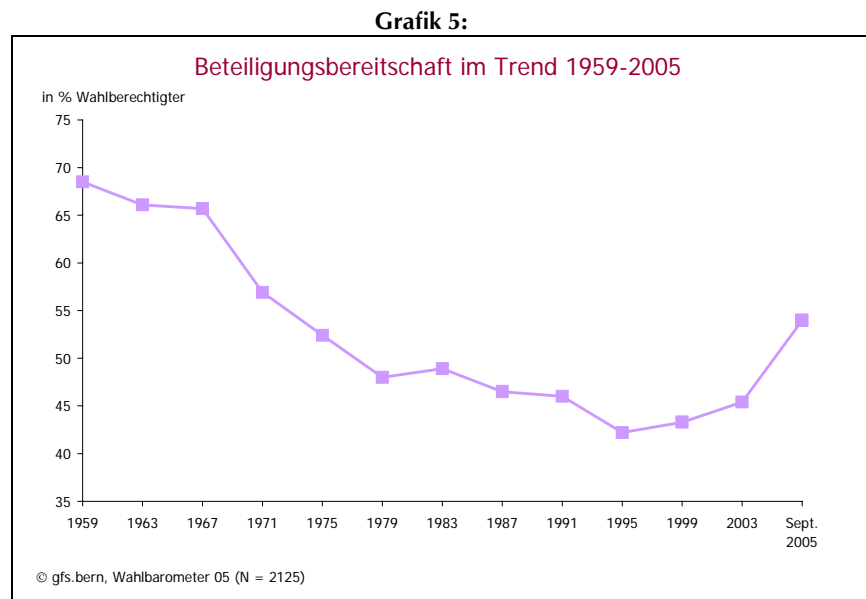
Grafik 4:



Die wichtigste Unsicherheit an dieser Auslegeordnung resultiert aus der Mobilisierungsbereitschaft. Das Wahlbarometer 05 spricht von einer steigenden Beteiligungsabsicht. Aktuell

würden sich 54 Prozent an einer Parlamentswahl beteiligen,- so viele wie seit den 70er Jahren nicht mehr.

Ob das so bleibt, ist unsicher. Es wird sich weisen müssen, in welchem Masse das bis zu den nächsten Wahlen anhält, und ob der Wahlkampf den Erwartungen entspricht. Unplausibel ist das Ergebnis aus dem Wahlbarometer aber nicht: Auch die Stimmbeteiligung ist seit den jüngsten Parlaments- und Regierungswahlen gesamtschweizerisch gestiegen. Werte von "50+" bei der Stimmbeteiligung sind keine Ausnahme mehr, vielmehr die Regel.



Was sind die Gründe für diese Neuentwicklungen im Elektorat der Schweiz? Das ist die zentrale Fragestellung des Wahlbarometer 05. Er will eine Zwischenbilanz ziehen zu den Entwicklungen der Parteien, - zwei Jahre nach den letzten Parlamentswahlen und zwei Jahre vor den nächsten Parlamentswahlen. Es ist also eine Halbzeit-Bilanz.

Im Aufbau folgt der Wahlbarometer 05 jenem im Wahlbarometer 03. Behandelt werden die Positionierung der Parteien im Links/Rechts-Spektrum, die Entwicklungen bei der Mobilisierung/Demobilisierung der Wählerschaft resp. die Wechsel- und Stammwählerschaften als zentrale Beschreibungsgrößen des Wandels. Erörtert werden aber auch die Einflüsse von Sach- und Personenimages für die WählerInnen-Ströme. Schliesslich wird ein neues Bild der Parteiensoziologie gezeichnet.

Wer wählt wen warum?

Das sind die vier grossen "w" der Wahlforschung, die auch hier behandelt werden sollen.

Die Analyse basiert in erster Linie auf einer speziell für die SRG SSR idée suisse realisierten Repräsentativ-Befragung des Forschungsinstituts gfs.bern. Sie wurde im September 2005 bei 2125 nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählten wahlberechtigten SchweizerInnen realisiert.

Grafik 6:

Technischer Kurzbeschreibung der Befragung

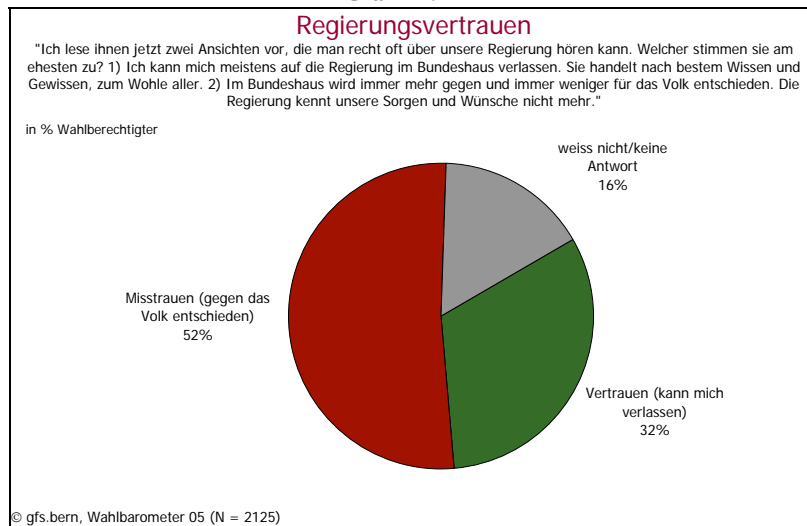
Titel:	SRG SSR Wahlbarometer 05
Institut:	Forschungsinstitut gfs.bern
Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte in der ganzen Schweiz
Erhebungsmethode:	CATI (computerunterstützte Telefoninterviews)
Befragungszeitraum:	September 2005
Stichprobengrösse:	2125 sprachregional gewichtet,
Stichprobenart:	repräsentativ, durch systematische Zufallsauswahl sprachregional gewichtet
Stichprobenfehler:	+/- 2.2% bei einer Verteilung von 50/50

Die Ergebnisse wurden recall-gewichtet, das heisst so, dass das erinnerte Wahlverhalten von 2003 in der Befragung dem effektiven Wahlergebnis entspricht. Gemessen wird damit vor allem die Abweichung von 2005 gegenüber der letzten Wahl. Bei der gegebenen Stichprobengrösse beträgt der statistische Unschärfbereich +/-2.2 Prozentpunkte. Zur Plausibilisierung der Ergebnisse aus der Befragung wurden zudem die Resultate bei den kantonalen Wahlen beigezogen.

Das Regierungsmisstrauen bleibt mehrheitlich

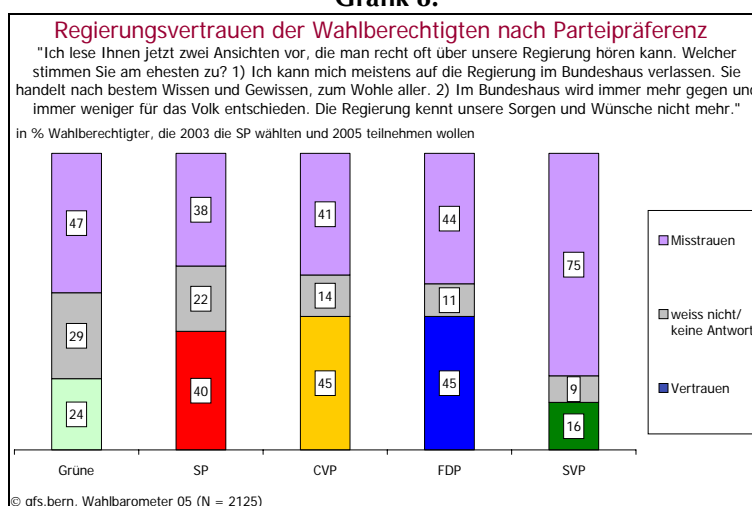
Zwischen den Wahlen 1999 und 2003 änderte sich das Institutionenvertrauen, hier am Regierungsvertrauen gemessen, beträchtlich. Die Neubildung des Bundesrates brachte da keinen Durchbruch. Im Umfeld der Volksabstimmungen über die Renten- und Steuerreform, die im Mai 2004 stattfand, sank das Regierungsvertrauen auf den historischen Tiefststand von 25 Prozent. Das Misstrauen baute sich auf mehrheitliche 52 Prozent auf. Daran hat sich seither nur Unwesentliches verändert.

Grafik 7:



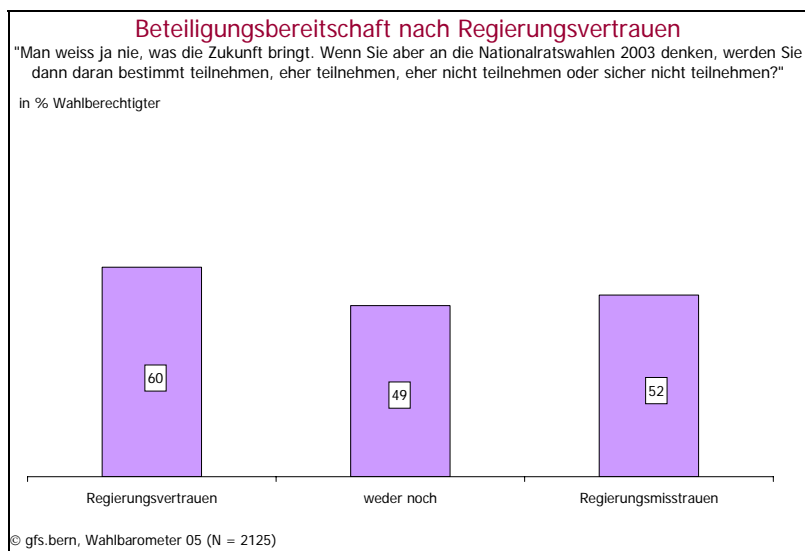
Das Wahlbarometer zeigt nun, dass heute mehrheitliche 52 Prozent gegenüber der Landesregierung misstrauisch eingestellt sind. 32 Prozent vertrauen ihr. Aufschlussreich ist namentlich die Aufteilung nach Parteipräferenzen. In keiner Partei gibt es eine Mehrheit, die vertrauend wäre. Die höchsten Werte finden sich bei der FDP und CVP. Trotz der Stärkung der Partei in der Landesregierung bleibt die potenzielle SVP-Wählerschaft tief skeptisch, wenn man sie auf den Bundesrat anspricht. Auf der linken Seite gibt es ebenfalls ein Zentrum des Misstrauens. Dieses ist nämlich für die grüne Wählerschaft ein wesentliches Kennzeichen. Die SP hat sich besser mit der neuen Situation arrangiert. Ihre denkbare Wählerschaft ist in gleich starke Teile Vertrauender und Misstrauender gespalten.

Grafik 8:



Würde man aufgrund dieses Indikators das Profil der Landesregierung zeichnen müssen, würde es wie folgt lauten: Die FDP, die CVP und die SP bilden grundsätzlich den Kern der Unterstützung. Dies ist aufgrund der leicht skeptischen Haltung wohl aber nur fallweise gesichert. Bei SVP und Grünen kann man von einer eigentlich oppositionellen Grundstimmung sprechen, die sich in eher seltenen Fällen zu einem mehrheitlichen Support für die Regierung wandelt. Die Verlagerung des Schwerpunkts im Bundesrat, wie er Ende 2003 mit der Wahl von Christoph Blocher vorgenommen worden ist, hat also noch nicht Tritt gefasst. Wesentlich ist, dass die misstrauisch-oppositionelle Grundstimmung in der SVP nicht substantziell verändert werden konnte.

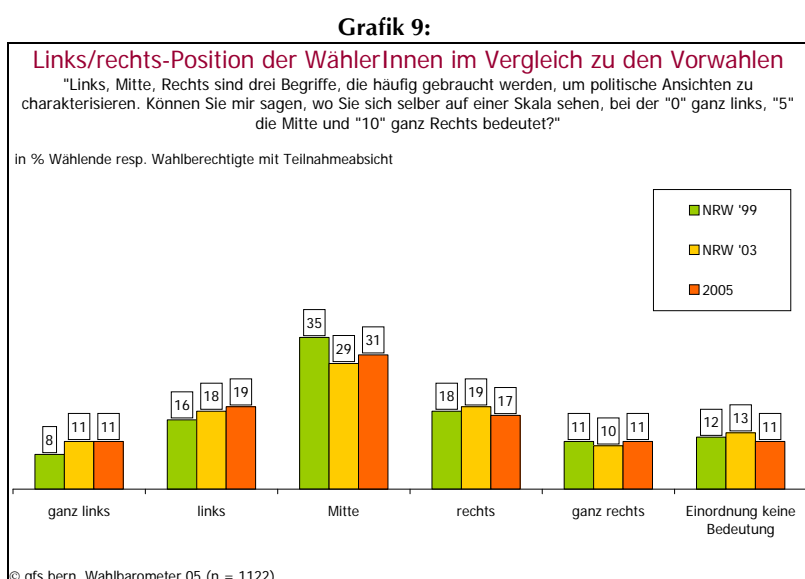
Grafik 8:



Das Ganze wirkt sich noch wenig auf die Mobilisierung aus. Die vertrauenden BürgerInnen machen nicht mehr gesichert die Mehrheit aus, wie auch Abstimmungen zeigten. Das ist grundsätzlich auch bei Wahlen möglich. Aktuell würden sich 60 Prozent der Vertrauenden an einer Parlamentswahl beteiligen, aber auch 52 Prozent der Misstrauenden. Da ist einiges an potenziell Explosivem möglich, wenn man bedenkt, dass es mehr Miss- als Vertrauende gibt.

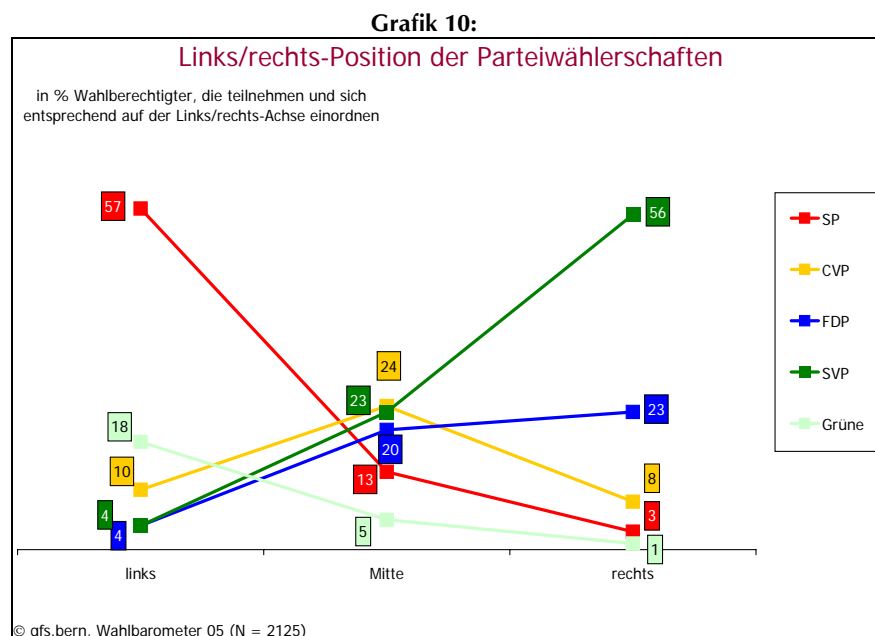
Links-Trend unter den mobilisierbaren BürgerInnen

Das Elektorat, das sich bei Wahlen mobilisieren lässt, ist zwischen 2003 und 2005 nicht mehr so eindeutig bipolar. Das hat damit zu tun, dass das rechte Segment unter den teilnahmebereiten Menschen nicht mehr ansteigt, sondern relativ sogar leicht sinkt. Es vergrössert sich dafür der Anteil der Wählenden mit einer Position links der Mitte wieder. Und es nimmt auch der Anteil wieder etwas zu, der sich selber in der Mitte sieht.



Das heute mobilisierbare Elektorat steht fast perfekt im Zentrum. 31 Prozent zählen sich hierzu. 30 Prozent sehen sich links davon, und 28 Prozent positionieren sich rechts der Mitte. 11 Prozent schliesslich, können mit dieser Einteilung nichts anfangen.

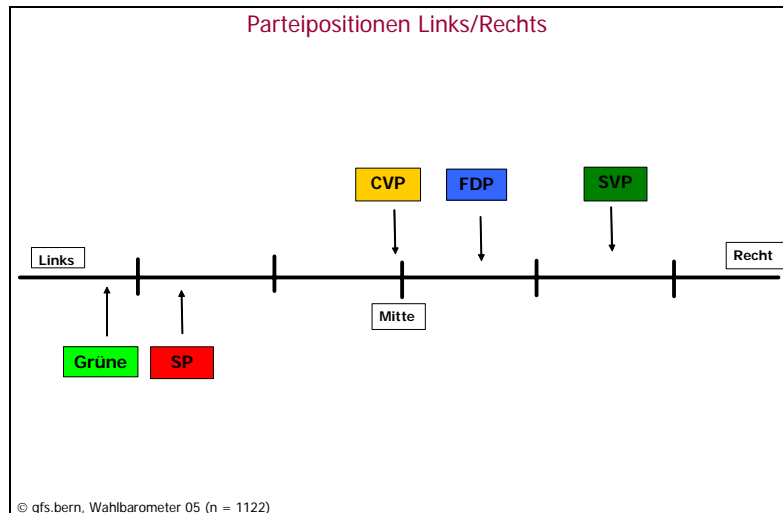
Bezogen auf die Parteien kann man die folgenden Profile festhalten: Rechts der Mitte ist die SVP die klar führende Partei. Sie kann mehr als die Hälfte der mobilisierbaren rechten WählerInnen für sich gewinnen. Sie verbessert sich hier sogar gegenüber den beiden letzten Wahlen nochmals. An zweiter Stelle steht die FDP. Sie legt hier auch leicht zu, bleibt aber mit 21 Prozent deutlich hinter der SVP zurück. Die CVP hat sich aus diesem Segment weitgehend verabschiedet. Gerade mal 8 Prozent der rechten BürgerInnen halten zu ihr. Das ist gegenüber 2003 fast eine Halbierung.



In der Mitte ist das bürgerliche Gedränge gross: SVP und CVP buhlen um die Vorherrschaft. Sie haben damit die FDP, die hier 2003 noch führte, abgelöst. Aktuell kommt die CVP in der Mitte auf 24 Prozent, gleich viel wie 2003. Die SVP geht auf 23 Prozent zurück. In der Mitte verloren hat die FDP. Sie kommt hier nur noch gerade auf einen Fünftel der Wählenden. Alle drei bürgerlichen Parteien bleiben aber in der Mitte vor der SP und den Grünen.

Der gewachsene linke Kuchen ist heute etwas umstrittener. Die SP dominiert hier unvermindert. Ihr Anteil ist mit 57 Prozent mindestens so gross wie jener der SVP auf der rechten Seite. Im Trend lässt die SP aber gerade links leicht nach. Gewonnen haben hier vor allem die Grünen. Sie können das linke, regierungskritische Potenzial besser ansprechen. Links der Mitte verstärkt hat sich auch die CVP, die jetzt eindeutig die dritte Position einnimmt.

Grafik 11:



Bestimmt man aus all diesen Strömungen die Positionen der Parteien, die sie 2005 auf der links/rechts-Achse einnehmen, kann man folgende Befunde bilanzieren:

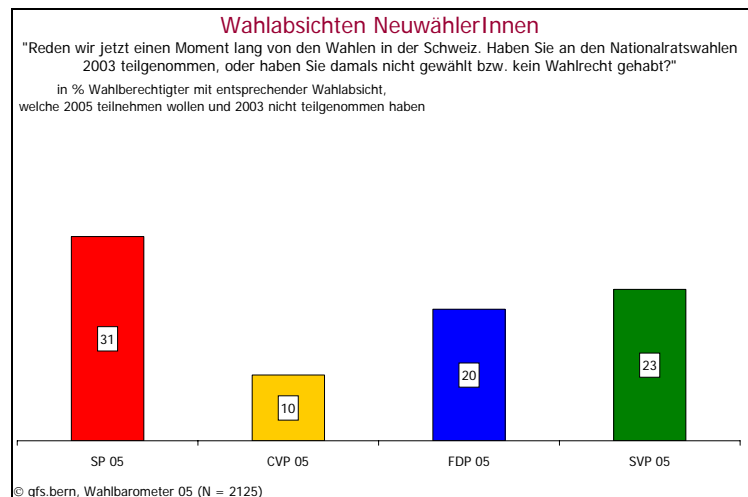
Die Parteien liegen heute weiter auseinander als dies noch 2003 der Fall war:

- Klar nach links gerückt sind die Grünen.
- Tendenziell nach links gedriftet ist auch die SP.
- Klar nach rechts hat sich die SVP bewegt.
- Gering sind die Veränderungen dagegen bei FDP und CVP; allerdings sind die Mutationen symptomatisch.
- Die CVP hat sich etwas nach links bewegt, die FDP etwas aus der Mitte verabschiedet.

Individuelle Mobilisierung und Demobilisierung als entscheidende Faktoren

Unter den neu mobilisierbaren BürgerInnen schneidet die SP eindeutig am besten ab. Sie kommt hier auf einen Anteil von 31 Prozent. Sie verstärkt sich auf diesem Weg. Sie ist hier sogar besser, als dies 2003 der Fall war. Die Repolitisierung des schweizerischen Elektorsats ist damit der zentrale Bestimmungsgrund, warum die Linke zulegt.

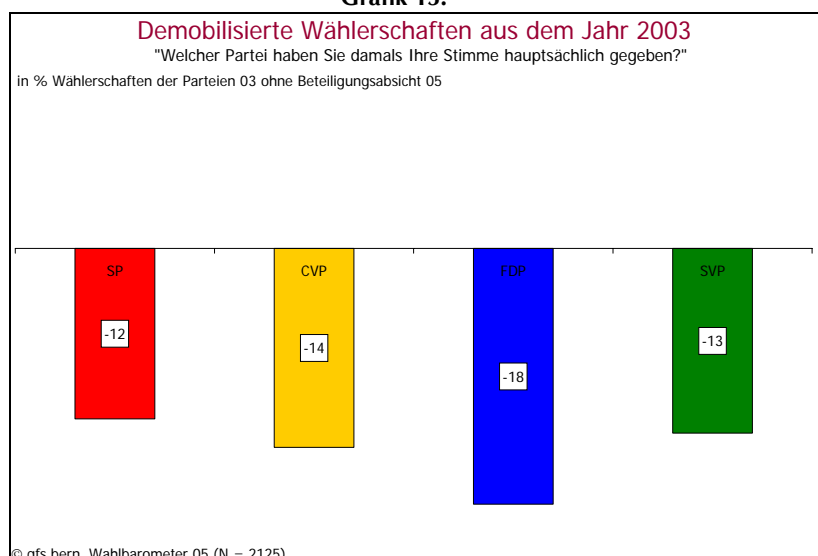
Grafik 12:



Tendenziell verbessern kann sich durch die Neumobilisierung auch die FDP. Sie kommt in diesem Segment auf 20 Prozent. Das ist auch mehr, als sie 2003 unter den Neumobilisierten ausmachte. Bei der SVP zeichnet sich hier eine umgekehrte Tendenz ab. Die verstärkte Einbindung in die Regierungsverantwortung hat ihre Neuwählermobilisierung zurückgehen lassen. Sie ist in diesem Segment zwar immer noch die zweistärkste Partei, der Wähleranteil gegenüber 2003 wird aber nach unten gedrückt. Die Neumobilisierung bleibt schliesslich das grosse ungelöste Problem der CVP. Sie kann hier nur gerade jede 10. Person für sich gewinnen, noch weniger als dies 2003 der Fall war.

Die Neumobilisierung muss jedoch durch die Demobilisierung der Wählerschaften von 2003 korrigiert werden, um ein vollständiges Bild der Mobilisierungswirkungen zu erhalten. Hier gibt es einen klaren Verlierer: 18 Prozent der FDP-Wählenden von 2003 geben heute an, sie würden nicht mehr wählen gehen, müsste man das Parlament neu bestellen. Das sind so viele wie nirgends sonst, und es sind auch mehr als im Vergleich der Jahre 1999 mit 2003. Das ist denn auch der eigentliche Grund, weshalb die FDP unvermindert schwächelt. Die Umpositionierung der Partei hat zwar zu neuer Kraft bei der Neumobilisierung geführt, doch leidet keine Partei so stark wie die FDP an der inneren Demobilisierung der alten Wählerschaft.

Grafik 13:



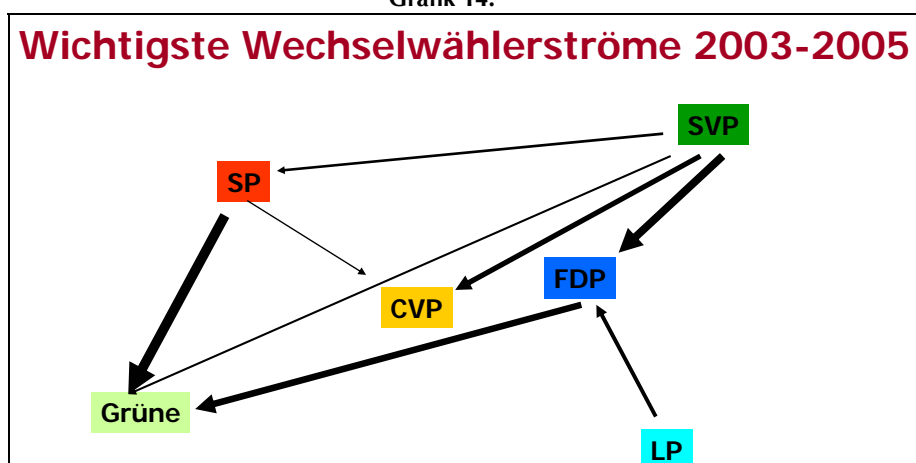
Weniger stark betroffen durch diese Probleme sind alle anderen Regierungsparteien. Bei ihnen betragen die Anteile der demobilisierten Wählerschaft von 2005 12 bis 14 Prozent.

Man kann es so zusammenfassen: Die Mobilisierungsfrage spricht für die Linke. Das ist der Schlüssel zum momentanen Hoch links der Mitte. Es nützt nicht mehr in gleichem Masse der SVP, wie das 1999 und 2003 noch der Fall war. Die FDP hat hier ein Plus und ein Minus: Sie spricht verbessert Neuwählende an, kann aber das grosse Problem der Demobilisierung der alten Wählerschaft nicht kompensieren. Bei der CVP gibt es die beiden Extreme nicht. Solange sie sich bei den Neuwählenden aber nicht verbessern kann, kommt sie auch substantziell nicht vom Fleck.

Individuelles Wechselwählen weg von den grossen Parteien

Das Wechselwählen der Personen, die sich 2003 an den Parlamentswahlen beteiligten, und es auch heute wieder machen würden, ist ein zweiter, aber weniger wichtiger Grund, weshalb die Parteien gewinnen oder verlieren. Der Hauptgrund ist einfach: Fast alle Wechslereffekte neutralisieren sich, denn es gibt keine eigentlichen Wechselströme. Alle nachweislichen Bewegungen zusammen bringen bilanziert bei keiner Partei eine Verbesserung oder Verschlechterung von mehr als einem Prozent WählerInnen-Anteil.

Grafik 14:



Die grössten Bewegungen an WechselwählerInnen, die sich identifizieren lassen, betreffen das linke Lager selber. Die SP verliert hier an die Grünen mehr als sie von ihnen gewinnt. Die Bilanz ist hier negativ. Die zweite grosse Bewegung geht von der SVP in Richtung FDP. Hier kann die FDP etwas, aber bei weitem nicht alles, vom Boden gut machen, den sie durch die Demobilisierung der alten Wählerschaft verloren hat. Die FDP verliert zudem auch nach Links, und zwar an die Grünen. Das ist der drittwichtigste Wechslerstrom,

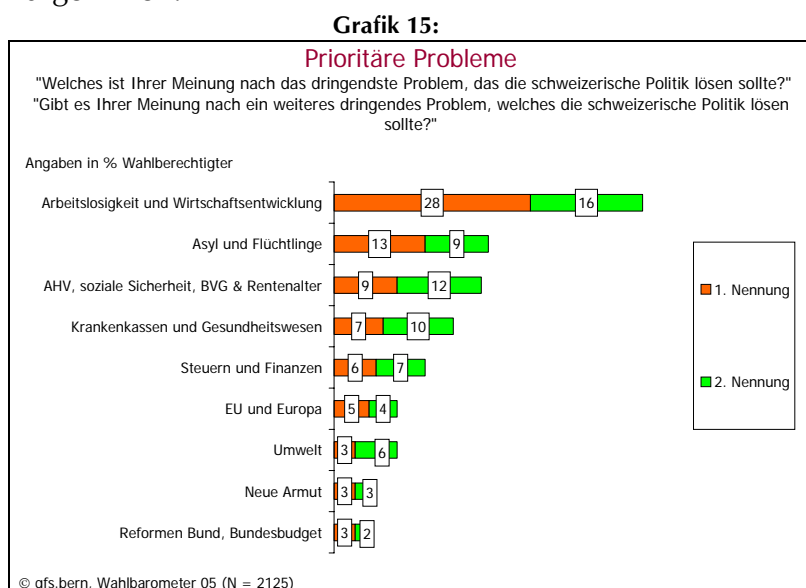
den wir identifizieren können. Alle anderen Bilanzen sind einiges schwächer. Dabei handelt es sich um die Abwanderung von den Liberalen zur FDP, von der SVP zur CVP, zur SP und zu den Grünen. In all diesen Fällen bestätigt sich, dass die individuellen Parteiwechsel von rechts nach Links gehen. Einzige Ausnahme betrifft die Tendenz, statt SP neu CVP zu wählen. Sie ist zwar die geringste unter den nachweisbaren. Sie ist aber die einzige in die umgekehrte Richtung.

Der Vergleich zu 2003 macht das Neue noch deutlicher: Damals strebten die WechselwählerInnen vom Zentrum hin zu den Polen. Ausnahmen davon gab es kaum. Jetzt dominiert die individuelle Verschiebung nach Links. Zum ersten Mal ist die SVP heute die Regierungspartei mit der geringsten Wechselattraktivität. Eindeutig erholt haben sich hier die FDP und die CVP. Die Effekte reichen aber nicht, um die Schwächen bei der inneren Mobilisierung resp. der NeuwählerInnen-Ansprache auszugleichen.

Insgesamt kann man durch die Wechslerbewegung eine leichte Abschwächung der Bi-Polarisierung, verlieren doch die grossen Parteien an die kleinen etwas von dem, was sie bei der Mobilisierung von Neuwählenden gewinnen.

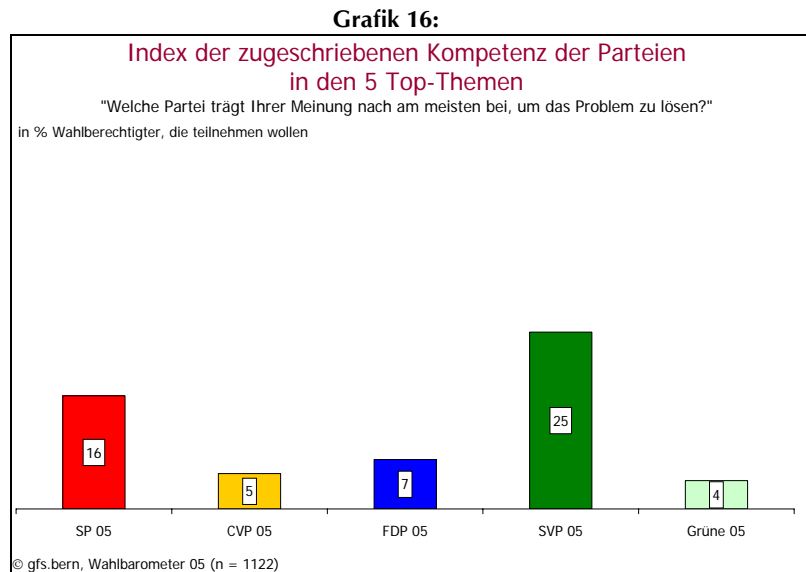
SVP entwickelt sich zur anerkanntesten Mehrthemenpartei

Gegenüber 2003 hat sich die Themenlage verschoben. Eine Hypothek bei den Wahlen 03 ist aus der öffentlichen Diskussion verschwunden: die Frage nach der Rentenalter-Erhö-
hung. Das hat auch die Prioritätenliste der Wahlberechtigten verändert. Die Rentenfrage, die den Wahlkampf 2003 überlagerte, ist auf den vierten Platz zurückgerutscht. Wichtiger geworden ist dafür das Problem der Arbeitslosigkeit. Gehalten hat sich die Asyl/Ausländerfrage, und die Gesundheitsproblematik wird etwas weniger deutlich gesehen als noch vor zwei Jahren. Wie damals rangiert die Europa-Frage nicht unter den Spitzenthemen der BürgerInnen.

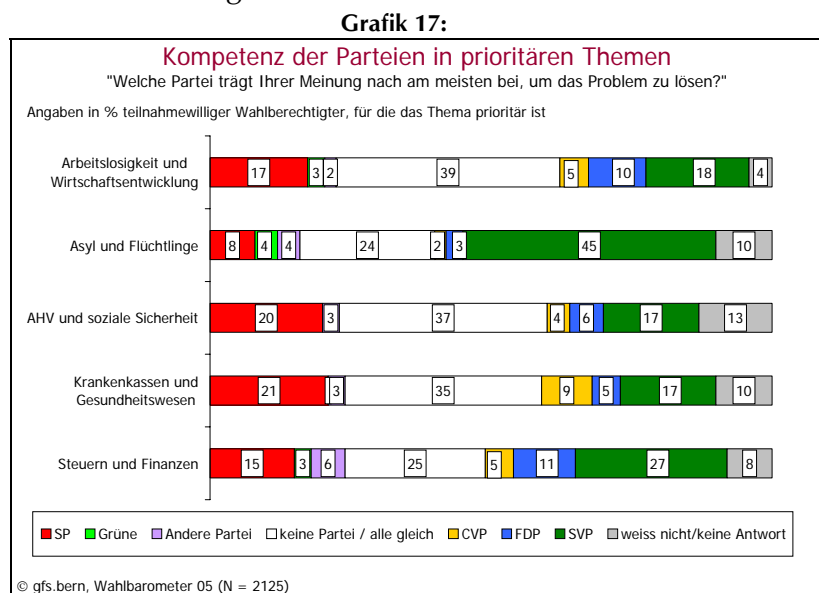


Davon wenig beeindruckt ist die Basis einer Partei: der SVP. Sie formiert sich immer mehr zu einem Anhang, der der Partei in allen denkbaren Streitthemen, die für die BürgerInnen wichtig sind, folgt. Sie anerkennt die Leistungen der Partei auch zusehends überall, so dass

man sagen kann: Die SVP ist für die mobilisierbaren Parteien zur fassbarsten Themenpartei geworden. Sie hat sich in dieser Hinsicht gegenüber 2003 nochmals verbessert.



25 Prozent der mobilisierbaren BürgerInnen attestieren der SVP in den fünf wichtigsten Problemen des Landes die Themenführung. Das sind 5 Prozentpunkte mehr als noch vor zwei Jahren. Sie ist die einzige Partei, die sich bei diesem Indikator klar verbessern konnte. Dabei ergibt sich ein symptomatischer Wandel von der Oppositionspartei, die sich besonders mit der Asylfrage, beschränkt auch mit der Europafrage profilieren konnte, hin zur liberal-konservativen Mehrthemenpartei. Sie gewinnt für die sensibilisierte Wählerschaft am meisten Profil, wenn man von der Arbeitslosigkeit spricht. Sie legt auch bei der Kompetenz in Fragen der öffentlichen Finanzen zu. Und sie verbessert sich auch etwas in Gesundheitsfragen und bei der Altersvorsorge. Einzig bei der Asylpolitik hatte sie 2003 die höheren Werte. Seit sie hierfür Regierungsverantwortung trägt, sind die Kompetenzbeurteilungen jedoch wieder rückläufig.



Die SP ist die zweite Themenpartei für die sensibilisierte Wählerschaft. Sie hat sich mit ihrer Opposition beim Steuerpaket 2004 am meisten empfohlen. Sie ist in Fragen der öffentlichen Finanzen zur eigentlichen Gegenspielerin der SVP avanciert. Ansonsten leidet

die SP aber daran, sich thematisch eher weniger profiliert zu haben, als vor den Wahlen 2003. Das gilt für die Wirtschaftspolitik wie für die Gesundheitspolitik. Beschränkt trifft es auch für die Asylpolitik der SP zu. Hier ergibt sich im rot-grünen Lager die interessanteste Mutation, konnten sich doch die Grünen als respektierte Gegenspieler zur bürgerlichen Mehrheitspolitik im linken Lager empfehlen.

Massive Einbussen im Themenimage musste die FDP hinnehmen. Das Scheitern des 2003 geschnürten Steuerpaketes in der Volksabstimmung hat der Partei erheblich geschadet. Sie hat die Themenführung in dieser Domäne eindeutig abgeben müssen. Sie wird heute gerade bei ihrem Steckenpferd durch die Konkurrenz rechts und links klar überholt. An Profil verloren hat die FDP aber auch in Wirtschaftsfrage. Neu rangiert sie auch in dieser Hinsicht hinter SVP und SP. Einzig im Gesundheitsbereich hat sich die FDP etwas empfehlen können. Die Einbrüche in den traditionell wichtigen Themenfeldern kann sie damit aber eindeutig nicht kompensieren.

Grafik 18:

Position Parteien in Topthemen 2005				
<i>Problem</i>	<i>SP</i>	<i>CVP</i>	<i>FDP</i>	<i>SVP</i>
Arbeitslosigkeit	-4	-3	-6	+ 12
Asyl/Ausländer	-1	+ 2	-1	-4
Altersvorsorge	0	0	0	+ 4
Gesundheitswesen	-3	+ 5	+ 2	+ 6
Öffentliche Finanzen	+ 7	0	-15	+ 6

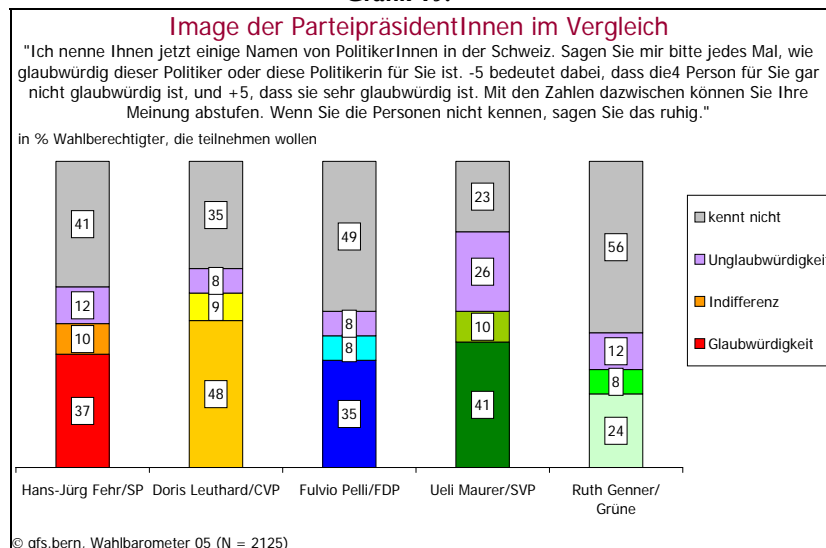
Das Themenprofil bleibt das eigentliche Sorgenkind der CVP. Sie hat sich hier weder verschlechtert noch verbessert. Sie ist themenschwach geblieben. Nur in Fragen des Gesundheitswesens konnte sie sich etwas verbessern. Die anderen Werte zeigen insgesamt keine oder nur geringe Veränderungen.

A new star is born

Dafür hat die CVP einen neuen Star, - an ihrer Parteispitze. Doris Leuthard schaffte innert kürzester Zeit einen phänomenalen Durchbruch. Von der Spitzenpolitikerin ihrer Fraktion mit nur geringer nationaler Bekanntheit katapultierte sie sich innert zweier Jahre an die Spitze der Beliebtheit unter den ParteipräsidentInnen. Zwar ist Ueli Maurer noch bekannter als die CVP-Präsidentin. Er ist aber deutlich umstrittener als Doris Leuthard. Deshalb rangiert sie in der Beliebtheit der ParteipräsidentInnen an erster Stelle. Der wesentliche Grund für ihre starke Position ist nicht einmal, dass sie in der CVP selbst sensationell abschneiden würde. Anders als alle anderen ParteipräsidentInnen ist sie aber in den Wählerschaften der anderen Parteien solide verankert.

Dass die CVP im politischen Diskurs nach ihren Wahlniederlagen in Serie respektiert wird, ist das Verdienst von Doris Leuthard. Das wird umso deutlicher, wenn man ihr Profil mit jenem von Philipp Stähelin vergleicht, der regelmässig an letzter Stelle unter den PräsidentInnen der Regierungsparteien rangierte, und weder in der eigenen Partei noch in den anderen national richtig ausstrahlte.

Grafik 19:



An zweiter Stelle geblieben ist Ueli Maurer. Er hat sich auch verbessert. Seine Werte für die Akzeptanz sind deutlich höher als noch vor zwei Jahren. Sein Problem bleibt aber, dass er zu stark polarisiert. Keiner eckt namentlich bei den anderen Parteien so stark an wie er.

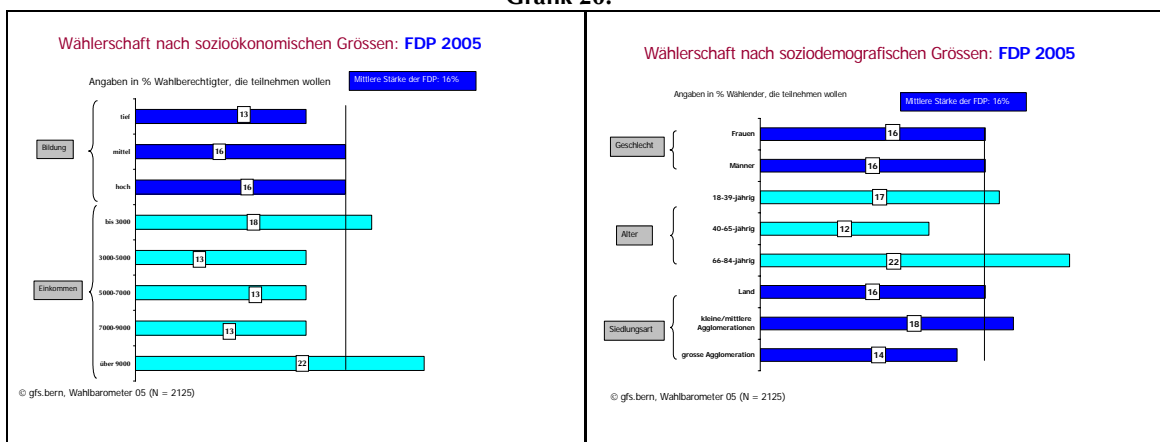
Die SP hat die Lücke, die Christiane Brunner an der Spitze der Partei hinterlassen hat, nicht füllen können. Hans-Jörg Fehr attestiert man zwar weniger konfliktreich zu sein. Er ist aber deutlich weniger bekannt als seine Vorgängerin, und er bringt es deshalb auch nicht auf die gleichen Glaubwürdigkeitswerte wie sie. Das Schlusslicht unter den Partei-

präsidentInnen der Regierungsparteien ist Fulvio Pelli. Ausserhalb des Tessins ist er in der kurzen Amtszeit, die ihm bisher gewährt war, zu unbekannt geblieben. In dieser Hinsicht liegt er national nicht nur deutlich hinter den drei anderen ParteipräsidentInnen zurück. Er hat auch nur einen beschränkten Vorsprung auf die Präsidentin der Grünen.

Das soziologische Profil der Parteien

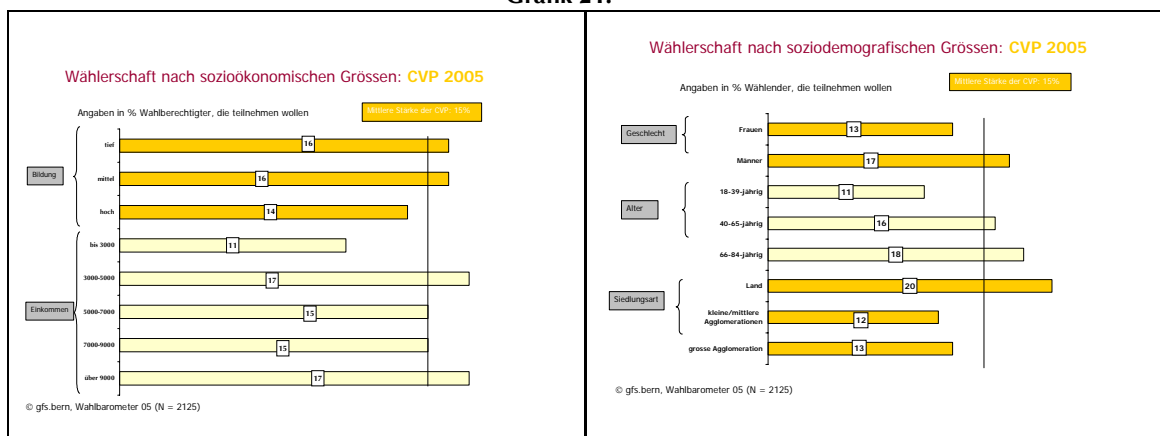
Das soziologische Profil der Parteien hat sich nicht wesentlich verändert. Dafür sprechen schon die insgesamt kleinen Unterschiede in den Parteistärken. Es ergeben sich aber einige symptomatische Abweichungen zu 2003.

Grafik 20:



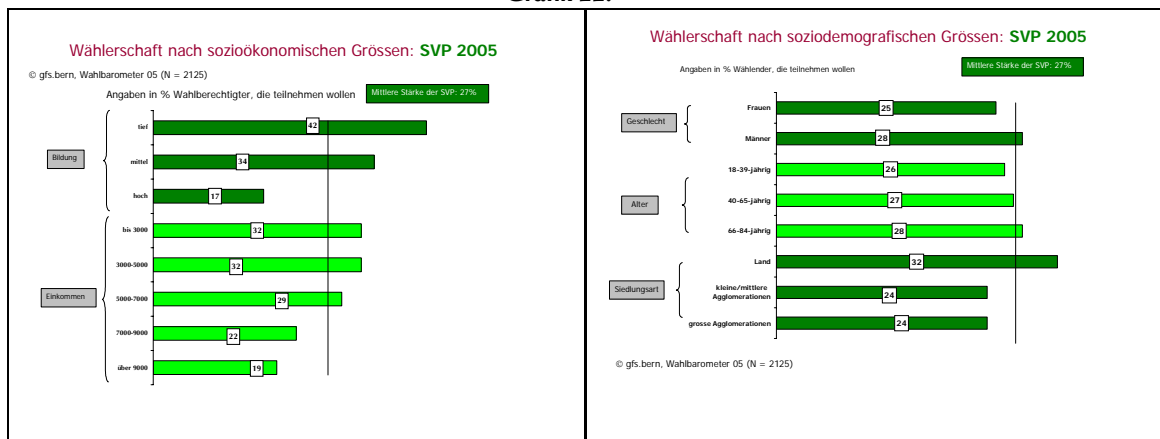
Die FDP hat drei Probleme: Sie ist in den oberen Mittelschichten, bei den Menschen im mittleren Alter und in den mittleren und kleinen Städte eingebrochen. In diesen Gruppen hat sie arg Feder lassen müssen. Verbessert hat sie sich einzig bei den jungen WählerInnen.

Grafik 21:



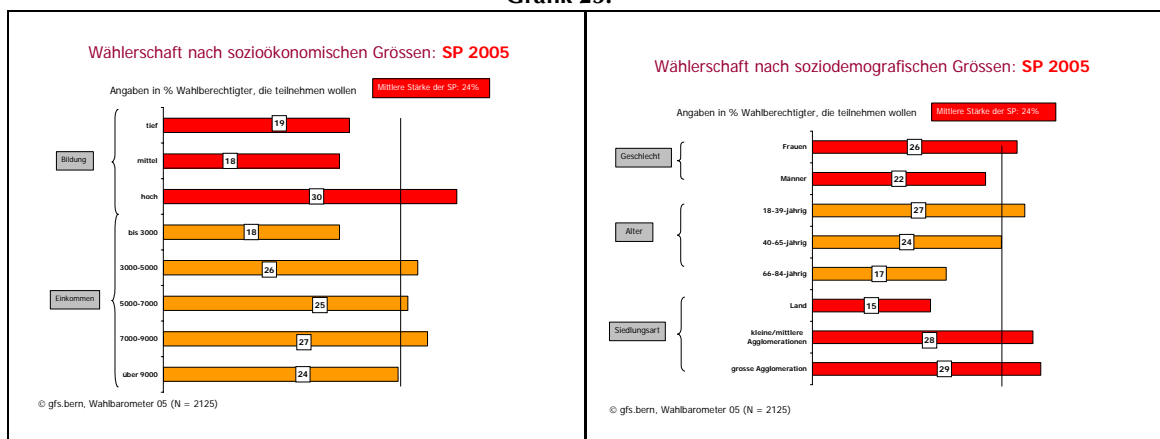
Die CVP kennt Freud und Leid, wenn man ihre neuen Wählerprofile ansieht. Weiterhin Wählende verliert die Partei bei den Männern und bei den ganz hohen Einkommen. Sie legt aber bei den tiefsten Einkommen deutlich zu. Minimal hat sie auch in den grossen Agglomerationen zugelegt.

Grafik 22:



Die SVP kann sich aber in der unteren Mittelschicht verbessern, ebenso in den kleinen und mittleren Agglomerationen etwas zulegen. Sie schneidet im Wahlbarometer 05 auf dem Land schlechter ab, als dies noch 2003 der Fall war.

Grafik 23:



Die SP verbessert sich ebenso wie die SVP in den mittleren und kleineren Agglomerationen etwas. Neu wird sie auch in den untersten Schichten wieder vermehrt gewählt. Verluste muss sie dagegen bei den obersten Bildungs- und Einkommensschichten hinnehmen.

Insgesamt verändert sich das Bild nicht wesentlich. Die SVP hat sich als soziologisch breite Volkspartei weitgehend etablieren können. Die FDP verliert bei sehr verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, was eine eindeutige Aussage zu zielgruppenspezifischen Korrekturen erschwert. Die wohl spannendste Auseinandersetzung findet aktuell in den mittelgrossen Zentren statt. Da entwickelt sich die Bi-Polarisierung weiter, und es leiden die CVP und die FDP darunter.

Die Synthese

Die Fragestellung zu unserem Bericht lautete: Wie sieht die Halbzeit-Bilanz der Parteien aus, wenn man zwei Jahre nach der letzten und zwei Jahre vor den nächsten Parlamentswahl auf die Parteistärken abstellt? Gefragt wird damit nach den nachweislichen Veränderungen seit 2003 und nach den Aussichten für 2007, wie sie sich im Herbst 2007 präsentieren.

Das Hauptergebnis lautet: Die Beteiligung der BürgerInnen an den Parlamentswahlen würde steigen. Sie läge aktuell über 50 Prozent. Gefragt ist also, wer am besten den wachsenden Kuchen an Wählenden ansprechen kann.

- Wahlgewinne sind nicht mehr das Ergebnis eines Null-Summenspiels, bei dem eine Partei Wählende gewinnt, wenn eine andere Wählende verliert.
- Wahlgewinne werden in zunehmendem Masse dadurch bestimmt, wer die alte Wählerschaft bei der Stange halten kann und wer die interessierten Neuwählenden - nicht nur die altersmässigen Erstwählenden - am besten für sich ansprechen kann.

Die Befunde, die wir dazu ermittelt haben, lauten:

Befund 1:

Die beste NeuwählerInnen-Mobilisierung kennt die SP. Hier rangiert sie vor der SVP, der FDP und der CVP. Die schlechteste Remobilisierung der alten Wählerschaft hat jedoch die FDP. Sie büsste hier am meisten Terrain ein, denn sie hat mehr Abgänge zu den Nichtwählenden als alle anderen Regierungsparteien.

Befund 2:

Die Wechselwähler-Tendenz bremst die Bi-Polarisierung ein wenig. Die beiden grossen Parteien haben Mühe, ihre zahlreichen Wählenden noch zu halten. Die SP verliert vor allem an die Grünen, die SVP namentlich an die FDP. Diese wiederum lässt auch gegenüber den Grünen Federn. Die Auswirkungen der Wechseleffekte bleiben aber beschränkt.

Befund 3:

Unter den ThemenwählerInnen hat sich die SVP am besten platziert. Sie ist heute die am meisten anerkannte Partei. Sie leidet nur gerade im bisherigen Parade-Thema, der Asyl- und Ausländer-Politik. Sie hat sich aber in Finanz- und Wirtschaftsfragen empfohlen. Hier bildet sie den Gegenpol zur SP. Erheblich sind angesichts der Polarisierung die Einbrüche in der wahrgenommenen Themenkompetenz bei der FDP.

Befund 4:

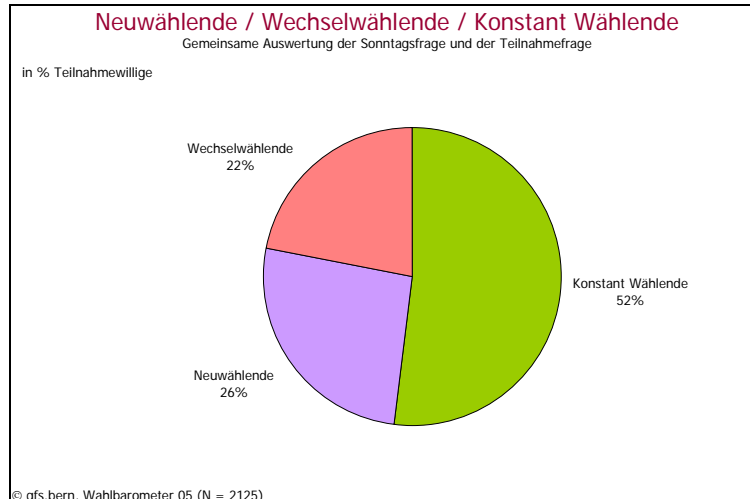
Doris Leuthard ist die Nummer 1 unter den ParteipräsidentInnen. Sie hat sich im Nu an die Spitze der Beliebtheit katapultiert. Sie findet eigentlich in allen Parteien Anerkennung. Verbessert hat sich aber auch Ueli Maurer. Sein Handicap bleibt, dass er in allen anderen Parteien umstritten bleibt. Hans-Jürg Fehr und Fulvio Pelli sind noch zu wenig bekannt, um als Personen über die Parteigrenzen auszustrahlen.

Befund 5:

Insgesamt verändert sich das Bild nicht wesentlich. Die SVP hat sich als soziologisch breite Volkspartei weitgehend etablieren können. Die FDP verliert bei sehr verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, was eine eindeutige Aussage zu zielgruppenspezifischen Korrekturen erschwert. Die wohl spannendste Auseinandersetzung findet aktuell in den mittelgrossen Zentren statt. Da entwickelt sich die Bi-Polarisierung weiter, worunter die CVP und die FDP leiden.

Das Wahlbarometer 05 hält mitten in der Legislatur 2003-2007 fest: Die Linke würde zulegen. Die Grünen würden sich im regierungskritischen Lager links der SP empfehlen. Die SP gewinnt vor allem bei den Neuwählenden seit 2003. Die SVP könnte ihren ersten Platz unter den Parteien halten, aber nicht mehr zulegen. Sie hätte sich thematisch verbreitert und führungsmässig im Präsidium gestärkt. Der fehlende Motor Christoph Blocher würde aber die Mobilisierung von Neuwählenden zurückgehen lassen, die Wechselbilanz der Partei wäre neu sogar negativ. Das sind gegenüber 2003 symptomatische Veränderungen für eine Partei, die von der Opposition in die Regierungsverantwortung wechselt. Die CVP könnte sich ebenfalls halten. Die Themenschwäche bleibt ihr Handicap; die neue Präsidentin ihre Stärke. Rechts verliert die CVP weiter, sie gewinnt aber links hinzu. Einzig bei der FDP dominiert unter den Regierungsparteien die Abwanderung, die eine Ursache hat: die innere Demobilisierung der Wählerschaft von 2003. Die Umpositionierung der Partei ist noch unverdaut. Sie hat der Partei rechts Wählende gebracht, in der Mitte ist sie aber eingesackt. Thematisch hat sie vor allem die Finanzpolitik an die Pole abgeben müssen, personell hatte sie bisher kein Glück, denn die Parteipräsidenten wechselten in zu hoher Folge.

Grafik 24:



Was folgt aus dem Wahlbarometer für die Aussichten? Zunächst sei festgehalten, dass es am 7. Oktober 2005 noch nicht aller Tage Abend ist. Es ist Halbzeit. Hingewiesen sei, dass es bei den beiden letzten Wahlgängen 6 kritische Momente gab, bei denen sich eine Partei verbessern oder verschlechtern konnte. Das war die innere Parteireform während der ganzen Legislatur. Das waren die letzten kantonalen Wahlen vor der gesamtschweizerischen Ausmarchung. Das war die letzte Volkabstimmung im Wahljahr. Das waren zentrale Events im Wahlkampf, die bewusst oder unbewusst gesetzt wurden. Das waren die stark medialisierten Hauptkampagnen. Und das war die Schlussmobilisierung.

Grafik 25:

Entscheidende Wahlkampf-Momente 1999-2003		
<i>Moment</i>	<i>1999</i>	<i>2003</i>
Parteireform	CVP (neutral)	FDP
ZH-Wahlen	SVP	SP
Letzte VA	SVP	SP (negativ)
Event	Kosovo-Krieg (SVP)	Rentenalter (FDP -)
Schlusskampagne	Grüne	Heisser Sommer (Grüne)
Schlussmobilisierung	Blocher Brief (SVP), Konkordanz (CVP)	Krankenkassenprämien, Reaktion Couchepin

Mobilisierung erscheint insgesamt das heute wichtigste Stichwort zu sein. Die Beteiligungsbereitschaft der Wählerschaft steigt. Dies wirkt sich heute schon auf Abstimmungen aus, wo man nur noch gewinnen kann, wenn man Zusatz- und Neustimmende anzusprechen weiss. Es dürfte sich aber auch auf die Wahlen 07 auswirken. Namentlich dann, wenn die Wahlbeteiligung wieder steigen sollte, wäre die Mobilisierungsfähigkeit der Parteien die entscheidende Frage. Das Wahlbarometer lehrt, dass die Polarisierung zwischen links und rechts das probateste Mittel ist, um das Elektorat zahlreich zur Entscheidung zu führen. Das bevorteilt die heute schon starken Parteien. Anders als 2003, wo dies in Ansätzen auch schon der Fall war, zeichnet sich jedenfalls gegenwärtig jedoch ab, dass es bei 25 Prozent Wähleranteilen immer schwieriger wird, die grosse Zahl der Wählenden zusammenzuhalten. Sowohl bei der SVP als auch bei der SP zeigt sich, dass kleinere oder

mittlere Parteien, die sich in Abgrenzung zu den Parteien an den Polen definieren, wenigsten bei den wechslerbereiten BürgerInnen empfehlen können, wenn sie sich personell und thematisch vom Schwarz-Weiss der grossen Vereinfachung unterscheiden.